

## VERANSTALTUNGSBERICHT

Stefanie Knörck

<b>Titel</b>	<b>Expanding the Eastern Frontier: Bulgaria, Romania and the EU</b>
<b>Veranstalter</b>	<b>Woodrow Wilson International Center for Scholars</b>
<b>Art</b>	<b>Podiumsdiskussion</b>
<b>Datum</b>	<b>11. Januar 2007</b>

Die Veranstaltung des Woodrow Wilson International Center for Scholars sollte über die neuen Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien informieren und die Auswirkungen des Beitritts besprechen. Margarita Assenova und Dr. Vladimir Tismaneanu konzentrierten sich in ihren Vorträgen auf die beiden Beitrittsländer Bulgarien und Rumänien, während Dr. Esther Brimmer einen allgemeineren Ausblick auf die zukünftigen Entwicklungen der Europäischen Union gab.

**Margarita Assenova**, Executive Director des Institute for New Democracies in Washington, D.C., ging in ihrem Vortrag sowohl auf die Herausforderungen, die sich für Bulgarien aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union ergeben als auch auf die Stimmung in der Bevölkerung bezüglich des Beitritts ein. Bereits am Anfang sprach sie das Problem der Art der Mitgliedschaft an. Aufgrund von Auflagen der Europäischen Kommission für beide neuen Mitgliedstaaten – ein absolutes Novum in der Geschichte der Erweiterungen der EU – war Kritik aufgekommen, dass es sich lediglich um eine ‚Mitgliedschaft zweiter Klasse‘ handele. Assenova äußerte Bedenken, dass die Prioritäten der Regierungsarbeit in nächster Zeit lediglich in der Erfüllung der Auflagen lägen, und andere Probleme, die nicht in den Bereich der EU fallen, in den Hintergrund rücken könnten. Trotz der Auflagen durch die Kommission begrüßten jedoch 72% der bulgarischen Bevölkerung den EU-Beitritt, auch wenn sich die Hälfte der Bulgaren dadurch keine Verbesserung ihrer individuellen Lebenssituation erhoffe. Die größte Angst habe die Bevölkerung vor einem Anstieg der Preise auf EU-Niveau.

Die Aufgaben, die das Land noch zu bewältigen habe, seien groß. Als eine Priorität nannte Assenova die Sicherung der Außengrenze der EU. Hierzu müsse man Korruption in den Zollbehörden bekämpfen und gegen illegale Einwanderung, Menschenhandel und Schmuggel vorgehen. Die Regierung kämpfe bereits seit langem gegen die organisierte Kriminalität, dieses Problem sei aber nicht ohne die Hilfe von Europa und den USA lösbar. Wichtig für Bulgarien sei außerdem seine Positionierung innerhalb der EU. Man wolle neue Herangehensweisen zur Lösung der Probleme auf dem Balkan erarbeiten und die Aufmerksamkeit auf die Länder des Kaukasus und Zentralasiens lenken. Neben den neuen Herausforderungen durch den EU-Beitritt sei auch die

Kooperation mit den Ländern in der Schwarzmeerregion weiterhin wichtig für Bulgarien.

**Dr. Vladimir Tismaneanu**, Professor an der University of Maryland und Direktor des Center for the Study of Post-Communist Societies, sah Bulgarien und Rumänien vor ähnlichen Herausforderungen. Themen wie die Justizreform und die Bekämpfung der Korruption stünden im Vordergrund. Tismaneanu betonte, dass Rumänien durch die Verurteilung der kommunistischen Diktatur in Rumänien durch Präsident Basescu im Dezember letzten Jahres einen wichtigen Schritt zur Vergangenheitsbewältigung getan habe und sich dies positiv auf die zukünftige Entwicklung des Landes auswirken werde. Dieser Ansicht seien auch 60% der rumänischen Bevölkerung. Tismaneanu war Vorsitzender einer Kommission zur Untersuchung der kommunistischen Diktatur in Rumänien. Der Abschlussbericht der Kommission diene als Grundlage der Verurteilung der Diktatur durch den Präsidenten.

Anschließend ging Tismaneanu auf die Auswirkungen des Beitritts Rumäniens für die EU ein. Hier nannte er als erstes die Befürchtungen einiger Länder, dass es einen Ansturm der Rumänen auf den europäischen Arbeitsmarkt geben werde. Dies sei besonders durch die Boulevardpresse in Großbritannien angeheizt worden, wo die Äußerungen auf durchaus fruchtbaren Boden fielen, da nach der Erweiterung 2004 tatsächlich verhältnismäßig viele Menschen aus den neuen Mitgliedstaaten nach Großbritannien gekommen waren. Tismaneanu bezeichnete diese Ängste als unbegründet und als von der Presse unnötig aufgebauscht. Dieses Szenario habe sich nicht bewahrheitet. Mit Blick auf die Machtverteilung im Europäischen Parlament sei zu beobachten, dass sich mit dem Beitritt Rumäniens eine extrem rechte Fraktion gebildet habe, andererseits jedoch die Sozialdemokraten gestärkt worden seien.

**Dr. Esther Brimmer**, Deputy Director und Director of Research am Center for Transatlantic Relations an der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies an der John Hopkins University, konstatierte, dass man eine auflagenbedingte Mitgliedschaft sowie die Probleme, die mit der Freizügigkeit der Arbeitskraft verbunden sind, sehr wahrscheinlich bei allen zukünftigen Mitgliedschaften beobachten werde. Auch das Prinzip des Europa der Regionen, welches mit dem Euro- und dem Schengenraum bereits vorhanden sei, und die Bildung von regionalen Gruppen würden bei wachsender Mitgliederzahl eine wichtigere Rolle spielen.

Sie machte darauf aufmerksam, dass sich die Zahl der Mitgliedstaaten seit dem Ende des Kalten Krieges zwar deutlich erhöht habe, die Größe der Bevölkerung der EU jedoch verhältnismäßig wenig gewachsen sei. So habe sich mit dem Beitritt vieler kleiner Länder die Entscheidungsfindung verkompliziert, ohne dass deutlich mehr Menschen repräsentiert würden.

Das Thema zukünftige Erweiterungsrounds und deren Geschwindigkeit sei weiterhin aktuell. Auch mit Hinblick auf die NATO spiele dies eine Rolle, da man sich überlegen müsse, wie man mit einer erweiterten EU die Frage der Sicherheit des transatlantischen Raumes angehe.

In der anschließenden Diskussion wurde die Frage der zukünftigen Erweiterungen erneut aufgegriffen. Hierbei gingen die Meinungen auseinander. Assenova erwartet einen schnellen Beitritt Kroatiens und Mazedoniens, Brimmer äußerte diesbezüglich Bedenken, da es in einigen Mitgliedstaaten in Zukunft nationale Referenden über weitere Beitritte geben werde. Tismaneanu machte darauf aufmerksam, dass es in der EU Strömungen gebe, die sich mit der Frage beschäftigen, wieviele christlich-orthodoxe Länder man aufzunehmen bereit sei.